

Übermittlung per Mail an: stellungnahmen@bmask.gv.at

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Unser Zeichen:
Mag. JF

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Wien, 16. November 2010

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das ASVG u.a. geändert werden (Teil des Budgetbegleitgesetzes 2011 bis 2014)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Österreichische Ärztekammer bedankt sich für die Einladung zur Stellungnahme zu o.g. Verordnungsentwurf und führt dazu aus wie folgt:


Zu § 658 Abs 3 ASVG:


Mit vorliegendem Entwurf zum Budgetbegleitgesetz sollen die Hebesätze für Beiträge in der Krankenversicherung der Pensionisten bei der VAEB, der SVA und der SVB abgesenkt werden, um eine Entlastung der Pensionsversicherungsträger und damit im Wege der Ausfallhaftung eine Entlastung des Bundes zu bewirken. Die Reduktion der Beiträge erfolgt zu Lasten der betroffenen Krankenversicherungsträger.

In Anbetracht der angespannten Finanzsituation der sozialen Krankenversicherung lehnt die Österreichische Ärztekammer die geplante Absenkung ab.

Die Österreichische Ärztekammer ersucht um Berücksichtigung ihrer Einwände.

Mit freundlichen Grüßen


MR Dr. Walter Dorn
Präsident



Ergeht in Kopie an: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at